



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Parlamentarische Staatssekretärin beim  
Bundesminister für Wirtschaft und Energie  
Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt

Telefon 06151 3605078

Fax 06151 3605080

E-Mail: [brigitte.zypries.wk@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries.wk@bundestag.de)

Berlin/Darmstadt, 2. Dezember 2014

### **Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung**

*Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries zu Rechten von Menschen mit Behinderung im Koalitionsvertrag und zum Bundesteilhabegesetz*

Aus Anlass des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderungen (3.12.) erklärt Brigitte Zypries, Bundestagsabgeordnete für Darmstadt und Darmstadt/Dieburg, (SPD): „Vor fünf Jahren trat die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft. Die Lebensrealität vieler Menschen mit Behinderungen liegt jedoch weit entfernt von dem im Rahmen der Konvention geforderten Idealzustand. Ich bin deshalb froh, dass es SPD und CDU/CSU gelungen ist, nahezu 20 Handlungsaufträge zur Verbesserung der sozialen und beruflichen Situation in den Koalitionsvertrag aufzunehmen.“ Neben Vorhaben in den Bereichen Bildung und Arbeit, Gesundheit und Pflege, Tourismus und Verkehr sowie Kultur und Sport sollen auch die Schwerbehindertenvertretungen und Werkstatträte gestärkt und Frauenbeauftragte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen etabliert werden.

Das bedeutendste und ebenfalls im Koalitionsvertrag vereinbarte Projekt besteht in der Reform der Eingliederungshilfe. „Mit dem geplanten Bundesteilhabegesetz soll die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden“, erklärt Brigitte Zypries. Gemäß dem Motto der Behindertenverbände „Nichts über uns ohne uns!“ ermöglicht das Bundesarbeitsministerium einen breiten Beteiligungsprozess bei den Vorbereitungen des Gesetzentwurfs. Die SPD-Fraktion hat ein Eckpunktepapier mit den von ihr gesetzten Anforderungen formuliert. Darunter fällt die Forderung, Leistungen zur sozialen Teilhabe zukünftig personenzentriert zu gestalten und den Empfang von Leistungen nicht zur Armutsfalle werden zu lassen. Auch die Anrechnung von Einkommen und Vermögen gehört für die SPD auf den Prüfstand. Das Eckpunktepapier der SPD-Fraktion finden Sie [hier](#).